Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3695**

16. Wahlperiode 30. 11. 2006

Antrag

der Abgeordneten Ulla Lötzer, Hans-Kurt Hill, Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, Oskar Lafontaine, Dr. Herbert Schui, Dr. Barbara Höll, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, Ulla Jelpke, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dorothee Menzner, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

Kein Börsengang der Ruhrkohle AG – Bei der Zukunft des Steinkohlenbergbaus soziale und ökologische Aspekte berücksichtigen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Ruhrkohle AG (RAG) plant für das Jahr 2007 den Börsengang mit ihrem so genannten weißen Bereich (Chemie, Energie, Immobilien). Der schwarze Bereich (Deutsche Steinkohle AG, RAG Coal International, RAG-Bildung) soll davon ausgenommen sein und in eine Stiftung überführt werden. Diese hat dann die Aufgabe, den Steinkohlenbergbau vorerst weiterzuführen, abzuwickeln und die Ewigkeitskosten – also die sozialen und ökologischen Folgen – des Bergbaus zu tragen.

   Völlig offen ist, ob das Kapital der Stiftung ausreicht, die Finanzierung der Ewigkeitskosten zu bewältigen. Reichen die Mittel der Stiftung nicht aus, muss der Steuerzahler einspringen. Jede Variante des Verkaufs der RAG führt dazu, dass die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert werden. Für die Beschäftigten stellt sich die Abtrennung des weißen Bereichs als ein Angriff auf soziale Standards dar, die in einer besonderen Unternehmenskultur und auf Grundlage einer ausgeprägten Mitbestimmung in Jahrzehnten gewachsen sind. Dramatische soziale Auswirkungen hätte ein Verkauf der weit über 100 000 Wohnungen aus dem RAG-Bestand an einen Finanzinvestor. Deutlich höhere Mieten und ein Anstieg des Mietspiegels wären die Folge.

2. Die Subvention der Steinkohle wird weiter zurückgehen. Die europäische Gemeinschaft hat sich 2002 auf einen „nennenswerten Abbau“ staatlicher Finanzhilfen für Bergbauunternehmen verständigt. Auch mit Blick auf den bedrohlichen Klimawandel ist die Verfeuerung von Steinkohle zur Energieerzeugung langfristig problematisch. Die Sozialverträglichkeit des Auslaufens der Subventionen wird durch den Börsengang bzw. Verkauf in hohem Maße gefährdet, weil sie damit ebenfalls vom damit erzielten Erlös bzw. Kapital der Stiftung abhängig gemacht wird. Der von der Bundesregierung angestrebte Rückbau der heimischen Steinkohlenerzeugung verbietet geradezu auch den Börsengang.

Aufgabe des Bundes muss es sein, mittels einer Aus- und Weiterbildungsoffensive den verbliebenen Beschäftigten in der deutschen Steinkohle eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Dazu müssen auch die Bundesländer in die Pflicht genommen werden. Der Wandel hin zu einer nachhaltigen Energiepolitik, basierend auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien bietet dabei große Chancen. Um die Kompetenz der Bergbautechnologie zu erhalten, sollte eine Grundfördermenge an Steinkohle erhalten bleiben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Trennung des weißen vom schwarzen Bereich sowie den Börsengang oder einen anders gearteten Verkauf des weißen Bereichs der RAG abzulehnen;
2. die Bildungskapazitäten der RAG-Bildung zu erhalten und zukunftsgerecht auszubauen. Die Subventionen für den Steinkohlenbergbau müssen auch in eine Aus- und Weiterbildungsoffensive fließen. Die Arbeitnehmer sollen in den betroffenen Bereichen einen Teil ihrer Arbeitszeit für Fort- und Umschulungen nutzen können, um für sich neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu finden;
3. den Rückbau des Steinkohlenbergbaus ohne betriebsbedingte Kündigungen zu organisieren;
4. Ein Konzept vorzulegen, das eine Grundfördermenge an heimischer Steinkohle erhält;
5. bis Anfang 2007 verlässliche und nachprüfbare Zahlen über die Höhe der Ewigkeitskosten vorzulegen;
6. ein Ansiedlungsprogramm im Bereich der erneuerbaren Energien speziell für Kohlenbergbauregionen aufzulegen. Ziel dieses Programms muss sein, vorrangig den Anlagenbau und die industrielle Zulieferung zu stärken und den hohen Standard und das Innovationspotential in der Region zu sichern;
7. die Mittel zur Förderung von erneuerbaren Energien in den Bereichen Forschung, Entwicklung, Pilotvorhaben, Markteinführung und Exportförderung um jährlich 100 Mio. Euro bis 2020 aufzustocken. Ziel ist es, die Beschäftigungseffekte in diesem Sektor zu sichern und, wo möglich, auszubauen.

Berlin, den 17. Oktober 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Die Stiftung soll durch bisher angehäufte Rücklagen aus Subventionen, die Erlöse des Börsengangs der RAG und Zinserträge finanziert werden. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie lässt derzeit in einem Gutachten prüfen, wie der Verkauf des weißen Bereichs der RAG zu organisieren sei, um einen höchstmöglichen Ertrag zu erzielen. Untersucht werden der Verkauf der RAG im Ganzen oder in Unternehmensteilen, der Börsengang sowie der Verkauf an einen strategischen Investor oder an einen Finanzinvestor.

Doch auch nach einem weitgehenden Ausstieg aus der Steinkohle entstehen für einen sehr langen und noch nicht absehbaren Zeitraum Folgekosten. Neben

Aufwendungen der Bergbauberufsgenossenschaft und Renten sind dies vor allem Kosten für Bergschäden und die Abpumpkosten für das Grubenwasser. Diese sind entgegen anderer Verlautbarungen der RAG oder den Zahlen des KPMG-Gutachtens nur unzureichend berücksichtigt worden. Das hat seinen Grund auch darin, dass Kosten z. B. durch Bergschäden, Kontaminierungen des Grundwassers durch Sondermüll in den Zechen oder mögliche Deichbrüche durch die Verwendung von Abraummaterial der Zechen (Waschberge), dessen Eignung als Deichbaumaterial nicht geklärt ist, nicht berücksichtigt wurden.

Die Spekulationen über Erlöse des Börsengangs haben bereits dazu geführt, dass ein Hauptaktionär, die Arcelor-Gruppe, nicht mehr bereit ist, die Stiftung aus dem Börsengang mitzufinanzieren. Des Weiteren wurde der geplante Anteil der Stiftung an dem neuen DAX-Unternehmen in Höhe von 25,1 Prozent als verkaufshemmender staatlicher Einfluss bezeichnet.

Der Steinkohlenbergbau ist laut dem 20. Subventionsbericht der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 16/1020) nach wie vor mit 1,7 Mrd. Euro im Jahr 2006 größter Empfänger bei den Finanzhilfen des Bundes. Das sind 29 Prozent aller Subventionen. Gleichwohl ist die Belegschaft im Bergbau laut dem 20. Subventionsbericht der Bundesregierung zwischen 2003 und 2006 um 10 900 Beschäftigte auf 34 720 zurückgegangen. Zur Unterstützung der erneuerbaren Energien hat der Bund im gleichen Zeitraum 0,7 Mrd. Euro ausgegeben. Hier ist die Zahl der Beschäftigten in Deutschland um 40 000 von 130 000 im Jahr 2003 auf jetzt 170 000 gestiegen.

Der Steinkohlenbergbau hat für Nordrhein-Westfalen wie auch für das Saarland noch immer wirtschaftliche Bedeutung. Die acht deutschen Zechen und eine Kokerei der Ruhrkohle AG beschäftigen allein noch rund 34 000 Menschen, insgesamt hängen vom Steinkohlenbergbau ca. 100 000 Arbeitsplätze ab. Die Bergbautechnologie führt zu Innovationen im Anlagenbau. Das Wissen im industriellen Anlagenbau kann in neuen Technologiebereichen, wie der Entwicklung und dem Bau von Systemen und Komponenten für die Offshore-Windenergie, genutzt werden. Dazu gehört eine gezielte Ansiedelungsstrategie.

Die Arbeitnehmer sollen in den betroffenen Bereichen 50 Prozent ihrer Arbeitszeit für Fort- und Umschulungen nutzen können, um für sich neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Die verbleibende Zeit im Bergbau und in den Kraftwerken kann damit auf doppelt so viele Arbeitskräfte verteilt werden. Das sichert die Zahl der bisherigen Beschäftigungsverhältnisse.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333